

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.50 Mk.; Familienanzeigen, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Bereinigung der proletarischen Rußlandhilfe.

Sofort nach Bekanntwerden des durch Maxim Gorki an die gesamte Menschheit gerichteten Notrufes haben wir das deutsche Proletariat aufgerufen, durch Sammlungen die Not unserer russischen Schwestern und Brüder lindern zu helfen. Inzwischen waren wir bemüht, alle proletarischen Parteien und Gewerkschaften zu einer einheitlichen Hilfsaktion zu gewinnen. Nunmehr hat der Internationale Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam) in einer am 13. und 14. August in Berlin abgehaltenen Konferenz beschlossen, die Hilfsaktion für das russische Volk zu unterstützen und durch Aufruf ist das internationale Proletariat aufgefordert worden, die bereits überall in Angriff genommenen Sammlungen zu erweitern und einheitlich zusammenzufassen. Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begrüßt diesen Beschluß auf das lebhafteste, weil nur durch Einheitlichkeit die eingeleitete Aktion zu einem wirkungsvollen Akt proletarischer Solidarität werden kann.

Wir bitten deshalb, jetzt die Sammlungen gemeinsam mit den örtlichen Gewerkschaftskartellen vorzunehmen. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen werden dann die Beträge dem Internationalen Gewerkschaftsbund übermitteln, der diese zur Beschaffung von Lebensmitteln und zur sanitären Hilfeleistung für Rußland verwenden wird.

Genossinnen und Genossen! Wir erwarten, daß eure oft bewährte proletarische Solidarität auch das Hilfswerk für das russische Volk so umfassend gestaltet, daß wenigstens die schlimmste Not in Rußland abgewendet werden kann.

Berlin, 15. August 1921.

Das Zentralkomitee der USPD.

Wir schließen uns der Aufforderung unseres Zentralkomitees an und fordern die Genossinnen und Genossen auf, all. im Umlauf befindlichen Sammellisten, die von uns herausgegeben worden sind, sofort abzuliefern, ganz gleich, ob diese noch leer sind oder ob Beträge darauf gezeichnet sind. Die Genossen haben die Listen nebst etwa gezeichneten Geldern in die Stellen abzuführen, von denen sie die Listen erhalten haben. Ueber jede einzelne Sammelliste wird in der Volkszeitung quittiert. Die Gesamtsumme der gesammelten Gelder wird dem Hilfskomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes überwiesen werden. Spätestens am 25. August müssen alle Listen im Parteisekretariat, Tauchaer Straße Nr. 19/21 abgerechnet sein.

Die Genossinnen und Genossen fordern wir auf, sich auch fernerhin recht lebhaft an der Sammlung für das hungernde Rußland zu beteiligen und dazu die Listen zu benutzen, die von den Gewerkschaftskartellen herausgegeben werden.

Der Bezirksvorstand der USPD, Leipzig.

Die Bepflichtung beim Reichsanwalt. Steuer- und Teuerungsrage.

Berlin, 17. August. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Vorwärts meldet: Der Reichsanwalt hat am Dienstag nachmittag eine Bepflichtung mit den Führern der Koalitionsparteien gehabt, wo äußerst wichtige außenpolitische Fragen, aber auch innere, wie die der Steuererlagen, erörtert worden sind. Einig war man sich darüber, daß für die augenblickliche Teuerung ein Ausgleich durch sofortige Zuläufe für die Beamten und Arbeiter geschaffen werden muß.

Nach der Meldung anderer Blätter haben außer den Deutschen und Kommunisten Vertreter aller Parteien an den Verhandlungen teilgenommen.

Ueber den Zusammentritt des Reichstags ist zwischen der Reichsregierung und dem Reichstagspräsidenten vereinbart worden, am 6. September, dem ursprünglich in Aussicht genommenen Termine, festzuhalten und wegen der obersteinsten Frage keine Zwischentagung abzuhalten. Für den Fall, daß die Steuererlagen am 6. September noch nicht dem Reichstage vorliegen, sollen zuerst die Teuerungszuläufe für die Beamten und Staatsangestellten besprochen werden.

Die deutsch-amerikanischen Kreditverhandlungen gescheitert?

Berlin, 17. August. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Sturz der deutschen Wäuta hat sich bis zum gestrigen Abend fortgesetzt. Der Kursstand wurde gestern Abend aus New York mit 1,07% C/n gemeldet. Nach Meldungen aus Amsterdam hat dort der Sturz der deutschen Mark große Beunruhigung hervorgerufen. Deutschland könne nun, wie die niederländischen Blätter sagen, mit allen Ländern, vor allen Dingen auf industriellem Gebiet, konkurrieren. Das ganze Arbeitsleben muß das bald fühlen. Vor

allen Dingen leidet Holland unter der deutschen Konkurrenz. Als Grund für den starken Niedergang der deutschen Währung wird angegeben, daß Verhandlungen wegen einer Kreditaufleihe von 25 bis 40 Millionen Dollar, die beinahe zum Abschluß gebracht waren, im letzten Augenblick gescheitert seien, weil die amerikanischen Geldgeber einen langfristigen Kredit verweigern zu müssen glauben, solange die obersteinsten Frage nicht geregelt ist.

Einberufung des Völkerbundesrates.

Genf, 16. August. Wie das Journal meldet, ist der Völkerbundrat zur Erstattung eines Gutachtens über Oberschlesien bereits zum 25. August nach Genf einberufen.

Frankreich fordert einen einstimmigen Beschluß?

Paris, 17. August. (U.) In seinem gestrigen Leitartikel ergeht sich der Temps über die Aufgaben und Methoden des Rats des Völkerbundes und bespricht dann, nur eine einstimmige Entscheidung als zulässig anzuerkennen, was übrigens ja auch aus den Bestimmungen der Völkerbundsakte hervorgeht, daß, außer in ganz besonderen Fällen, die Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen. Daran müsse man sich halten. Das Gerücht sei im Umlauf gewesen, daß Frankreich sich damit einverstanden erklärt habe, eine mit einfacher Mehrheit getroffene Entscheidung anzunehmen; aber im französischen Ministerium des Aeußern sei nichts darüber bekannt und man müsse das Gerücht für unrichtig halten. Schließlich betont der Temps noch, weder Deutschland noch Polen seien durch irgendeine Bestimmung dazu verpflichtet, einen Spruch des Völkerbundes anzunehmen. Aus diesem Grunde, und um der Entscheidung ein größeres moralisches Gewicht zu geben, müsse man auf Einstimmigkeit bestehen.

Paris, 16. August. Der Abg. Mallard blüht in einem Briefe an Ministerpräsident Briand eine Interpellation in der Kammer über den Obersten Rat an. Er sagt darin, daß bei einer Zuteilung des Industriebezirktes Oberschlesiens an Deutschland die nationale Sicherheit Frankreichs in unmittelbarer Weise gefährdet werde.

Englisch-französische Verhandlungen über die Aushebung der militärischen Sanktionen.

London, 17. August. (U.) An amtlicher Stelle ist man der Auffassung, daß zwischen England und Frankreich wieder diplomatische Verhandlungen aufgenommen worden sind über die Frage der Aushebung der militärischen Sanktionen. Die Londoner Blätter bestätigen dies. Man wolle möglichst bald zu einer Uebereinstimmung kommen. Die Verhandlungen werden von englischer Seite so beschleunigt, daß der Oberste Rat bereits in seiner nächsten Sitzung in der Lage sein wird, einen Beschluß zu fassen.

Noch keine deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 17. August. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Dem Berliner Tageblatt wird aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt: Wenn jetzt wiederholt Meldungen über deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen auftauchen, so handelt es sich nach Ansicht unterrichteter Parlamentarier um polnische Fiktion, durch die festgesetzt werden soll, inwieweit Deutschland eventuell an Polen in bezug auf Oberschlesien wirtschaftliche Konzessionen machen würde. Wenn die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen wieder aufgenommen werden, siehe noch nicht fest, doch nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, daß die Wiederaufnahme, wenn sich die Entscheidung über Oberschlesien wider Erwarten länger hinauszuziehen sollte, nicht von dieser Entscheidung abhängen brauche, sondern daß sie gegebenenfalls schon vorher wieder in Gang gebracht werden könnten.

Freilassung deutscher Avignon-Gefangener.

Paris, 16. August. (U.) Nach einem Telegramm des Matin aus Avignon hat der Direktor des Militärgefängnisses gestern einen Ministerialerlass erhalten, durch den 34 deutsche Kriegsgefangene, 1 Ungar, 4 Jugoslawen und 6 Türken, die wegen gemeiner Verbrechen im Gefängnis saßen, freigelassen werden. Die Gefangenen werden in ihre Heimat zurückgeschickt. Bürgerliche Blätter berichten, daß es wegen der Freilassung in Frankreich zu nationalitätlichen Protestkundgebungen gekommen sei.

Rußland und Frankreich.

Paris, 17. August. (U.) Die Zeitungen veröffentlichen den Text von verschiedenen Noten, die die französische Regierung an das britische Kabinett bezüglich der Regelung der russischen Schulden gerichtet hat.

Paris, 15. August. Humanité veröffentlicht heute eine Erklärung Tschitscherins, in der es am Schluß heißt: Möge die französische Regierung ihre Haltung uns gegenüber ändern; wir werden dann mit offenen Armen alle Kaufleute und Industriellen, die mit uns ernstlich Geschäfte machen wollen, aufnehmen. Möge Frankreich dem Beispiele Englands folgen, dann stehen ihm alle möglichen Vorteile zur Verfügung.

Riga, 16. August. (Da.) Der Rigaer Sonderberichterstatter der Dena meldet: Eine Anzahl französischer Kaufleute hat mit der hiesigen sowjetrussischen Handelsvertretung ein Geschäft in Edelsteinen abgeschlossen, das sich auf mehrere Millionen Franken beläuft.

Sozialdemokratie und Parlamentskoalitionen.

Im letzten Heft der Woche veröffentlicht der rechtssozialistische sächsische Wirtschaftsminister F. Lisch einen Artikel: Sozialdemokratie und Parlamentskoalitionen, der speziell auf die politischen Verhältnisse in Sachsen und Thüringen zugeschnitten ist, wo infolge der Zusammenlegung der Landtage und der unberechenbaren, die Interessen der Arbeiterschaft stark gefährdenden Haltung der Kommunisten die Tätigkeit des parlamentarischen Apparats gehemmt ist. So richtig Fellsch die durch die kommunistischen Quertreibereien geschaffene Lage darstellt, so falsch sind unseres Erachtens auch die Schlüsse, die er daraus für die Stellung der sozialistischen Parteien zieht. Der Artikelsschreiber zeichnet die Situation folgendermaßen:

„Wir brauchen ja nur in die Landesparlamente von Sachsen und Thüringen zu blicken. In beiden Parlamenten haben die sozialistischen Arbeiterparteien nur eine Mehrheit von ein bis zwei Stimmen über das Bürgerturn besessen. In beiden Kammern waren die sozialistischen Parteien auf die parlamentarische Unterstützung der Kommunisten angewiesen. In beiden Landtagen wurde diese sozialistische Parlamentsmehrheit dadurch in ihrem Schaffen und in ihren Erfolgen bedroht, daß die Kommunisten aus ganz gleichem Anlasse — nämlich wegen der Bewilligung der Grundsteuer bzw. der Gewerbesteuer — gemeinschaftlich mit den Bürgerlichen gegen die anderen beiden sozialistischen Parteien stimmten oder zu stimmen bereit waren.“

In Thüringen ist durch dieses geradezu leichtsinnige und sträfliche Verhalten der Kommunisten der Landtag zur Auflösung gezwungen worden. In Sachsen wurde die Krise lediglich durch einen Verlagsantrag nochmals hinausgeschoben, und ob es hier entweder in den Fragen der Grund- und Gewerbesteuer zwischen den Unabhängigen und Mehrheitssozialisten auf der einen und den vereinigten Bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite zu einer Verständigung kommen wird, oder ob bei reichlicher Ueberzeugung die Kommunisten doch noch zu der Einsicht kommen werden, daß sie mit ihrer Politik den Besitzenden nur einen Gefälligkeitsdienst erwiesen haben, der einer schweren Gefährdung der wichtigsten Interessen der Arbeiter gleichkommt, das steht noch dahin. Auf jeden Fall beweisen die Vorgänge in Sachsen und Thüringen recht deutlich, daß die Spaltung der sozialistisch denkenden Arbeiterschaft in drei verschiedene Parteien ein wahres Unglück gelehrt ist, den Wert des Parlamentarismus tatsächlich weitestgehend herabzusetzen. Es liegt nicht im Wesen des Parlamentarismus und der Demokratie begründet, daß wir deutschen Arbeiter nicht vermögen, die Revolution mehr vorwärtszutreiben und zu größeren politischen Erfolgen zu gelangen. Schuld daran ist weit mehr der Umstand, daß die deutschen Arbeiter nicht verstehen, die wichtige Rolle des demokratischen Parlamentarismus richtig anzuwenden. Das hat seinen Grund darin, daß die Arbeiter Deutschlands nach der Revolution leider den Gedanken der Klassenkampfpolitik zu sehr haben in den Hintergrund drängen lassen durch die Praxis der Parlamentarierpolitik. Auf die Dauer wird es sicherlich nicht so weitergehen können, und die Kommunisten werden in nachdrücklicher Weise von uns Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen vor dem arbeitenden Volke verantwortlich gemacht werden müssen für die Bütteldienste, die sie heute den kapitalistischen bürgerlichen Parteien im Parlament leisten. Jeglicher politischer Partei, und seien es auch die Kommunisten, ist natürlich als Arbeitsgemeinschaftspartei nur so lange der Vorzug zu geben, als diese Partei der Politik der Arbeiterklasse auch die Treue bewahrt. Wenn sie aber dem Bürgerturn die Hand reicht, um gemeinschaftlich die politische Nachposition des Proletariats im Staate mit brechen zu helfen, da wird sie zum unheimlichen Bundesgenossen, der moralisch noch weit niedriger bewertet werden muß als der weitestgehende kapitalistische Gegner.

Auf den Kommunisten liegt deshalb in einem solchen Falle, wie er sich in Thüringen jetzt ereignet hat und in nicht allzu ferner Zeit in Sachsen wie im Reich abspielen kann, ein außerordentlich hohes Maß von Verantwortung. Und wo es bei einer solchen Wahl, bei der Zufälligkeiten und Augenblicksgefühle mitunter eine nur allzu ausschlaggebende Rolle spielen können, zu einer Niederlage der Arbeiterklasse käme, da wäre der dadurch errungene Sieg des Bürgerturns einzig und allein auf das Schuldkonto der Kommunisten zu setzen.“

Wie die Verhältnisse hier geschildert sind, liegen sie, wenn auch vielleicht weniger scharf zutage tretend, überall. Die unsinnige kommunistische Spaltungspolitik erreicht der Reaktion auf der ganzen Linie den Kampf gegen die Arbeiterklasse. Aber es darf nicht vergessen werden, daß ein Teil der Schuld auch die Partei trifft, der Fellsch angehört, weil sie — um mit dem Verfasser zu reden — „leider jahrelang den Gedanken der Klassenkampfpolitik zu sehr hat in den Hintergrund drängen lassen durch die Praxis der Parlamentarierpolitik“. Wenn in der letzten Zeit in Sachsen und Thüringen unter dem Druck der Verhältnisse eine geringe Besserung zu spüren ist, so ist das im Interesse der Arbeiterklasse nur zu begrüßen, und es muß versucht werden, unter allen Umständen die alten einmal erkannten Fehler zu vermeiden.

Fellsch tut aber so ziemlich das Gegenteil, wenn er schreibt:

„Dennoch gibt es zuweilen kaum ein Ausweichen, denn ebenso schwer (wie eine Arbeitsgemeinschaft mit den Kommunisten) ist es oft für die Sozialdemokratie, sich irgendeiner bürgerlichen Partei anzuschließen. . . . Solche Taktiken stellen die sozialistische Arbeiterschaft immer wieder vor die Notwendigkeit, eine Koalition mit einer annehmbaren bürgerlichen Partei einzugehen.“

Diese Empfehlung eines Kompromisses ist um so unverständlicher, da Fellsch selbst zugibt, daß es keine bürgerliche